

Diana H. [REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herren,  
nachfolgend meine

## **Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan 2035**

In dem im Netzentwicklungsplan dargestellten innerdeutschen Erzeugungsgefälle kann man erkennen, dass in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Berlin und Brandenburg die Flächen für Windenergie gut ausgelastet sind. So ist der Plan, für die erneuerbare Energiegewinnung die Windenergieerzeugung in den Neuen Bundesländern auf das 2,6 fache im Vergleich zu heute zu erhöhen, nicht realisierbar.

Ein weiterer Ausbau dort ist kaum möglich, ohne neue Flächen zu erschließen, die als Vorranggebiete für Windenergie deklariert werden müssten. Dies bringt jedoch eher schädigende Auswirkungen für Natur und Umwelt mit sich, so dass die Erzeugung Erneuerbarer Energien im Widerstreit mit dem eigentlichen Ziel des Schutzes von Natur und Umwelt und somit dem Entgegenwirken des Klimawandels steht. Außerdem wird eine derartige Erweiterung und damit eine zu Wohngebieten weitere Abstandsabnahme geplanter WEA auf einen sich stark erhöhenden Widerstand in der Bevölkerung stoßen.

Im Bundesland Bayern sind die Abstandsregelungen der WEA so gestaltet, dass dies nicht der Fall ist, und es so kaum Flächen für einen Zubau geben in diesen Gebieten geben wird.

An Stelle eines massiven Ausbaus im Norden und dem damit verbundenen Ausbau des DC und AC-Netzes sollte ein dezentraler Ausbau der erneuerbaren Energiegewinnung im Süden Deutschlands erfolgen.

Auch wenn der geplante Bau von HGÜ, in unserem Fall der **SuedOstLink** in einem anderen Verfahren bearbeitet werden, will ich hierzu Bemerkungen / Einwendungen machen, da gerade die HGÜ im NEP enthalten sind:

- In allen bisherigen Veranstaltungen haben vor allem die Baubetriebe auf die noch fehlenden Erfahrungen und offenen Problemen der schweren Böden im Süden hingewiesen. Die abschließenden Bodenuntersuchungen stehen noch aus, es wird aber vermutet, dass die schweren Böden durch leichte wasserdurchlässige und

wärmeleitfähigere Böden ausgetauscht werden müssen. Das allein wird die geplanten Kosten enorm in die Höhe treiben. Die Bodenqualität für die landwirtschaftliche Nutzung sinkt, so dass die Erträge der landwirtschaftlichen Betriebe sinken werden. Dies werden weder Eigentümer noch Pächter akzeptieren und eine finanzielle dauerhafte Entschädigung fordern, auch dies wird die Betriebskosten der Stromtrasse enorm in die Höhe treiben.

- Es gibt keine praktischen Erfahrungen beim Betrieb von Gleichstromleitungen mit 4 GW Leistungsübertragung, auch nicht zu Auswirkungen auf Temperatur der Umgebung, Auswirkungen auf die Beeinflussung mit parallel verlegten Freileitungen mit Wechselspannung. Viele Experten aus der Forschung und aus der Bauwirtschaft warnen, ohne praktische Erfahrungen und den Ergebnissen der laufenden Forschungen diese Projekte zu forcieren bzw. die Projekte zu beginnen. Die entsprechenden Bodenuntersuchungen haben erst begonnen und mit Ergebnissen ist frühestens Ende 2021 zu rechnen.
- Des Weiteren werden in der Planung immer noch die Belange der Anwohner und Grundstückeigentümer ignoriert. Im Burgenlandkreis z.B. wurde die Trassenführung der Gleichstromleitung so festgelegt, dass sie teilweise nur mit einem Abstand von 25 Meter an Wohnbebauungen vorbeiführen wird - trotz dessen schon Hochspannungsfreileitungen vorhanden sind.
- Eine Betriebssicherheit kann auch nicht gewährleistet werden, da sich darunter Gebiete mit Altbergbau der Braunkohleförderung befinden und bereits optisch Verwerfungen und Einbrüche an der Oberfläche zu erkennen sind, die sich auch über Jahre immer weiter verändern werden.

Sehr kritisch sehe ich, dass die Kommunikation mit Anwohnern, Bürgerinitiativen und öffentlichen Behörden seit vorigem Jahr praktisch überhaupt nicht stattfindet. Ich kritisiere hiermit, dass am Ende Bauanträge genehmigt werden und erst Klagen vor Gerichten dazu führen, dass Pläne geändert werden bzw. Projekte sich zeitlich verschieben oder am Ende gar nicht verwirklicht werden können.

Das ganze Procedere ist weder zielführend noch wirtschaftlich.

Die Bürger\*innen sollten deshalb zusammen mit Netzbetreibern, Bundesnetzagentur und dem Wirtschaftsministerium in einen realen Dialog einbezogen werden.

Die Netzbetreiber scheinen an einem wahren Dialog nicht interessiert zu sein, da sie noch nicht einmal die regionalen Ansprechpartner des Bürgerdialogs Stromnetz zu Gesprächen einladen

Da die Netzbetreiber aber noch nicht einmal die regionalen Ansprechpartner des Bürgerdialoges Stromnetz mit einladen, zeigt uns doch klar, dass Sie an einem echten Dialog nicht interessiert sind.

Des Weiteren fordere ich Sie auf, nicht nur die Menge an Zubau und Ausbau der Stromtrassen zu überdenken, da eine dezentrale Energieversorgung und auch die Maßgabe, dass Strom dort produziert werden sollte, wo er gebraucht wird, erst einem realen Klimaschutz dient und demzufolge Klimawandel entgegenwirkt.

Mit freundlichen Grüßen

Diana H. [REDACTED]